

Die ehemalige Gemeindeverwaltung von Boltenhagen steht leer, seit die Gemeinde dem Amt Klützer Winkel zugewiesen wurde. Die Gebäude geben schon lange keinen schönen Anblick mehr ab. Foto: Malte Behnk

„Die Geschichte beschäftigt uns mehr als uns lieb ist“

Amt Klützer Winkel: Leitende Beamtin Katrin Pardun und Vorsteher Dietrich Neick im Interview zur verfahrenen Situation um Bürgermeister und Aufgaben in Boltenhagen.

Interview von Michael Prochnow

OZ: *Es gibt öffentliche Vorwürfe, dass im Amt Klützer Winkel Chaos herrsche. Was ist dran?*
Dietrich Neick: Nein, es gibt kein Chaos im Amt. Es wird gut gearbeitet auf allen Ebenen, aber es ist in der Tat eine schwierige Zeit. Und zwar insofern, dass wir die Gemeinde Boltenhagen übernommen haben. Das Ausmaß der Arbeitsrückstände in der Gemeindeverwaltung hat uns doch sehr überrascht.

OZ: *Das bedeutet, dass es zusätzliche Arbeit mit der Übernahme gibt?*
Neick: Genau so ist es, man muss auch zugeben, dass aufgrund dieser Tatsache die Arbeit für die anderen Gemeinden im Amt etwas gelitten hat. Wir sind dabei, das wieder aufzuholen.

Katrin Pardun, Leitende Verwaltungsbeamtin.

OZ: *In welchen Bereichen gibt es diese Rückstände die Gemeinde Boltenhagen betreffend?*
Katrin Pardun: Das sind vor allem steuerliche Angelegenheiten, Vollstreckungen und auch Sachen im Baubereich, in denen wir einiges nacharbeiten müssen. Das sind teilweise auch Rückstände, die über Jahre hinweg zustande gekommen sind.

OZ: *Die wodurch passieren konnten?*
Pardun: Augenscheinlich durch Nichtbearbeitung, Fehlbearbeitung. Sie wurden einfach in der Masse nicht bearbeitet, um es kurz zu fassen.
Neick: Dazu muss man auch sagen, dass bei einigen Angelegenheiten Verfristungen drohen. Deshalb muss dort schnell gehandelt werden, was wiederum bedeutet, dass andere Dinge liegen bleiben.

OZ: *Können Sie ein Beispiel nennen?*
Pardun: Es gibt zum Beispiel bei der Erhebung der Zweitwohnsteuer für Boltenhagen erhebliche Rückstände. Um dort Schaden von der Gemeinde abzuwenden, mussten wir umgehend tätig werden. Einige Forderungen sind allerdings schon verfristet, sodass dieser Schaden nicht wieder gutzumachen ist.

OZ: *Zweitwohnsteuer wird in Boltenhagen doch schon seit einigen Jahren erhoben. Oder etwa nicht?*
Pardun: Sie hätte erhoben werden können, aber wir kämpfen im Moment mit Aktenbergen aus mehreren Jahren.

OZ: *Gibt es einen Zeitrahmen, bis wann diese Rückstände aufgearbeitet werden können beziehungsweise sollen?*
Pardun: Wir versuchen, so schnell wie möglich alle Rückstände aufzuarbeiten, aber ein genaues Datum können wir deswegen nicht nennen, weil jeder Aktenvorgang, den wir anfassen, neue Überraschungen birgt.

OZ: *Ein weiteres Thema ist der Rechtsstreit mit Boltenhagens Bürgermeister Olaf Claus. Wie viele Verfahren gibt es in diesem Zusammenhang eigentlich?*
Neick: Das kann man schlecht beziffern, denn es geht nicht nur um einzelne Verfahren, sondern auch um eine Reihe von Widersprüchen. Die Geschichte beschäftigt uns leider mehr als uns lieb ist. Wir sehen dort oft auch die Sinnhaftigkeit nicht mehr.

OZ: *Es gibt einen Schiebebeschluss des Schweriner Verwaltungsgerichts, dass Olaf Claus zwar Bürgermeister von Boltenhagen ist, er aber keine Stimme in der Gemeinde hat. Welche Funktion hat er im Moment?*
Pardun: Er hat im Moment keine Befugnis als Gemeindevertreter und als Vorsitzender der Gemeindevertretung, das ist der aktuelle Stand.
OZ: *Was bleibt ihm dann als Bürgermeister zu tun?*
Pardun: Tatsächlich nicht sehr viel. Er darf repräsentieren und Beschlüsse verkünden, die er selbst nicht getroffen hat, beziehungsweise an denen er nicht beteiligt war.

OZ: *Wodurch ist die Situation entstanden?*
Neick: Allein durch die Tatsache, dass er keine Erklärung zur Trennung von Amt und Mandat abgegeben hat. Wenn er sein Wahlversprechen eingehalten hätte, sein Amt niederzulegen, dann gebe es diese Situation nicht und er wäre ein richtiger Bürgermeister. Was uns auch sehr verwundert hat, ist seine Äußerung in der vergangenen Gemeindevertretersitzung, dass er auch Mitglied im Amtsausschuss sei. Das stimmt nicht.

OZ: *Warum ist Boltenhagens Bürgermeister kein Mitglied im Amtsausschuss?*
Pardun: In dem Moment, in dem er zum Bürgermeister ernannt wurde, ist er auch automatisch Mitglied im Amtsausschuss. Aber auch dort musste er die Erklärung abgeben, ob er sich für Amt oder Mandat entscheidet. Das hat er nicht getan.
Neick: Damit ist der Sitz im Ausschuss hinfällig, bis ein Gericht etwas anderes entscheidet.



Amtsvorsteher Dietrich Neick.

OZ: *Über welchen Zeitraum sprechen wir, in dem eine Entscheidung vonseiten der Gerichte erwartet wird?*
Neick: Da es sich um ein Eilverfahren handelt, gehen wir davon aus, dass es noch in diesem Jahr entschieden wird.

OZ: *Wie kam es überhaupt zu diesem Rechtsstreit?*
Neick: Die Situation ist eigentlich nur dadurch entstanden, dass es eine Gesetzeslücke gibt.
Pardun: Olaf Claus hätte erklären müssen, ob er im Amt beschäftigt bleiben oder als Bürgermeister tätig werden will. Er hat sich nicht erklärt. Und im Gesetz steht, dass in diesem Fall der/die Vorsitzende der Gemeindevertretung eine Feststellung zu treffen hat, nämlich dass das Mandat wegfällt. Und jetzt kommt die Gesetzeslücke mit der Frage, welches Mandat verlorengegangen ist. Wir meinen es ist allumfassend.

OZ: *Warum hat man ihn nicht einfach in den Ruhestand versetzt?*
Neick: Wir haben die Gemeinde Boltenhagen mit viel Bearbeitungsstau übernommen. Das heißt, es gibt viel zu tun, und wir brauchen die Leute im Amt. Auf der anderen Seite geht es hier um Steuergeld. Ein 52-Jähriger würde bezahlt werden, ohne dass er dafür eine Leistung erbringt.

OZ: *Wo will man Olaf Claus denn unterbringen im Amt?*
Pardun: Es gibt eine Stelle für ihn, die haben wir ihm zugewiesen. Es handelt sich dabei um eine Stabsstelle direkt unter der leitenden Verwaltungsbeamtin und hat mehrere Aufgaben: Wirtschaftsförderung, Tourismus, Gemeindeentwicklung, Fördermittelbeschaffung und so weiter. Es ist eine angemessene Stelle.

OZ: *Die er aber noch nicht besetzt hat?*
Neick: Wir warten seit Dezember auf ihn.
Pardun: Wenn wir ihn in den Ruhestand versetzen, dann müssen wir nicht nur ihn bezahlen, sondern auch die zusätzliche Arbeitskraft, die wir einstellen müssten.
Neick: Und das geht zulasten der Amtsumlage, also aller Gemeinden.

OZ: *Hätte sich das Amt mehr Unterstützung vonseiten des Landkreises und des Innenministeriums gewünscht.*
Neick: Ja.